



Veröffentlicht am 15. Februar 2013

## **Von-Wattenwyl-Gespräche vom 15. Februar 2013**

Bern, 15.2.2013 - Die Parteipräsidenten und Fraktionsspitzen von SVP, CVP, FDP, SP und BDP haben sich heute unter der Leitung von Bundespräsident Ueli Maurer mit Vizepräsident Didier Burkhalter, Bundesrat Alain Berset und Bundeskanzlerin Corina Casanova zu den traditionellen Von-Wattenwyl-Gesprächen getroffen. Hauptthema der Gespräche waren die Leitlinien für die Reform der Altersvorsorge 2020.

Im Namen des Bundesrats informierte Alain Berset über die Leitlinien für die Reform der Altersvorsorge, die vom Bundesrat im vergangenen November verabschiedet wurden. Nach den Erfahrungen mit den vergangenen Reformen im Bereich der Altersvorsorge ist der Bundesrat überzeugt, dass nur eine Gesamtsicht der Probleme und ein umfassender Lösungsansatz erfolgversprechend sind. Entsprechend betrachtet er erste und zweite Säule gemeinsam und will sie so reformieren, dass das Leistungsniveau gehalten und die Finanzierung nachhaltig gesichert sind. Bundesrat Berset informierte über die laufenden Arbeiten und stellte in Aussicht, dass die Eckwerte der Altersvorsorge 2020 bis im Sommer 2013 konkretisiert werden.

Alle Parteien teilen die Analyse des Bundesrats, dass Reformen und Massnahmen notwendig sind, um die Finanzierung der Altersvorsorge sicher zu stellen. Eine Mehrheit schlägt vor, einzelne Massnahmen wie die Einführung eines Interventionsmechanismus oder die Schuldenbremse vorzuziehen, wobei hinsichtlich der Ausgestaltung der Mechanismen zur Schuldenbremse Uneinigkeit besteht. Eine Mehrheit der Parteien unterstützt zudem die Anpassung des Referenzalters auf 65 Jahre für Frauen und Männer. Im weiteren plädieren die Parteien dafür, keine Vermischung der ersten und zweiten Säule vorzunehmen.

Bundesrat Didier Burkhalter informierte über die explorativen Gespräche mit der EU, die ergebnisoffen geführt werden mit dem Ziel, mögliche Optionen zu erarbeiten, um die Positionen anzunähern. Ziel des Bundesrats ist es, den bilateralen Weg weiter zu führen, ihn zu erneuern und damit sicher zu stellen. Die Parteien warten auf die konkreten Vorschläge des Bundesrats im Europadossier und werden dann eine Beurteilung vornehmen. Diskutiert wurde auch die Ventilklausel. Eine Mehrheit der Parteien hat sich für die Anwendung der Ventilklausel ausgesprochen, wenn die Voraussetzungen zu deren Anrufung erfüllt sind.

Der Bundesrat informierte die Parteien im weiteren über Inhalt und Zeitplan des FATCA-Abkommens mit den USA. Aufgrund der zeitlichen Dringlichkeit und Wichtigkeit hat der Bundesrat entschieden, die Vernehmlassung zum FATCA-Abkommen sowie zum entsprechenden Umsetzungsgesetz verkürzt durchzuführen. Die interessierten Kreise können innert vier Wochen Stellung nehmen.

---

## **Adresse für Rückfragen**

André Simonazzi, Bundesratssprecher  
Tel. 031 322 37 03; [andre.simonazzi@bk.admin.ch](mailto:andre.simonazzi@bk.admin.ch)

## **Herausgeber**

Der Bundesrat  
[www.admin.ch/gov/de/start.html](http://www.admin.ch/gov/de/start.html)

## **Themen**

Bundesrat      Gesundheit      Parlament      Bundespräsident/-in

Europa